

"Beim Treffen Giscard d'Estaing-Wilson geht es um Europa und die Zukunft der englisch-französischen Vorhaben" in Le Monde (19. Juli 1974)

Legende: Anlässlich eines Treffens zwischen Valéry Giscard d'Estaing und Harold Wilson in Paris analysiert die französische Tageszeitung Le Monde die Vorwürfe des Vereinigten Königreichs gegenüber den Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Fauvet, Jacques. 19.07.1974, n° 9 178; 31e année. Paris: Le Monde. "La rencontre Giscard d'Estaing - Wilson porte sur l'Europe et l'avenir des projets franco-britanniques", auteur:Delarue, Maurice , p. 1; 4.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/beim_treffen_giscard_d_estaing_wilson_geht_es_um_europa_und_die_zukunft_der_englisch_franzosischen_vorhaben_in_le_monde_19_juli_1974-de-a018oddo-a507-4a3e-b2b3-96dd1309e154.html



Publication date: 22/12/2016

Freitag im Elysée

Bei dem Treffen zwischen Giscard d'Estaing und Wilson geht es um Europa und die Zukunft der englisch-französischen Vorhaben

Harold Wilson und James Callaghan werden heute Abend, am 18. Juli, in Paris erwartet. Der französische Staatspräsident wird den britischen Premierminister zunächst unter vier Augen treffen, während die beiden Außenminister ihrerseits zusammenkommen. Danach wird es eine Vollversammlung geben. Nach einem Essen im Elysée wird Wilson Jacques Chirac treffen.

Bei den Gesprächen wird es natürlich um die Zukunft der gemeinsamen Wirtschaftsvorhaben gehen. Die Concorde betreffend hofft Frankreich, Argumente zu finden, die die Position der Briten, die das Überschallflugzeug befürworten, stärken können. Aus finanziellen Gründen würde Wilson wünschen, das Programm über einen längeren Zeitraum zu verwirklichen.

Dem von den Briten vorgelegten Antrag auf eine „Neuverhandlung“ ihrer Teilnahme am Binnenmarkt wird in den Verhandlungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die „englische Hypothek“ war übrigens auch Hauptthema des Gesprächs zwischen Außenminister Sauvagnargues und seinem irischen Amtskollegen Fitzgerald, das Mittwochabend stattfand. Samstag wird der bundesdeutsche Außenminister Genscher nach Paris reisen, um sich über die Ergebnisse des englisch-französischen Treffens zu informieren.

Seit dem Krieg gab es in den Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien Höhen und Tiefen, mit mehr Tiefen als Höhen. „Als Großbritannien seine Aufnahme in die Gemeinschaft beantragt hat, war es eine Bedingung“, sagte vor kurzem Maurice Couve de Murville; „jetzt, wo es Mitglied ist, ist es eine Hypothek. Zumindest ist es ein Bremsfaktor.“ Zu Zeiten Pompidous und Heaths waren die englisch-französischen Beziehungen auf ihrem Höhepunkt angelangt. Persönlich verstanden sich die beiden Staatsmänner gut, auf politischer Ebene unterstützten sie die Teilnahme Großbritanniens am Binnenmarkt. Giscard d'Estaing und Wilson hingegen, die sich seit neun Jahren nicht gesehen haben, haben nur wenig gemeinsam. Ersterer ist ein „konservativer Liberaler“, seit langem ein Verfechter der europäischen Einheit, auch wenn er das bisher nur vorsichtig zeigt; Letzterer ist ein überzeugter Sozialist, der sich nach einer Rückkehr zum britischen Inseldasein sehnt und der aus Gründen der Innenpolitik zwar nicht die Mitgliedschaft Großbritanniens in der Gemeinschaft in Frage stellt, aber die Funktionsweise dieser Gemeinschaft, vielleicht ihre Organe und ganz sicherlich ihren Sinn.

Das zumindest ist der Eindruck, den Wilson nicht nur der französischen Regierung, sondern der gesamten Gemeinschaft vermittelt. Ist dieser Eindruck begründet?

Was will der britische Premierminister? Greift er die Gemeinschaft wirklich nur an, um die nächsten Wahlen zu gewinnen? Das alles sind Fragen, die Giscard d'Estaing die Gelegenheit geben werden, seinem Gegenüber „tief in die Augen“ zu sehen, um dort eine Antwort zu finden. Wilson seinerseits wird versuchen herauszufinden, wie weit er gehen kann, ohne dass er die Gemeinschaft zerstört, und vielleicht, wie weit er gehen kann, wenn er sie zerstört.

Nach den Reden Callaghans vor dem Ministerrat der Gemeinschaft am ersten April und vierten Juni können die britischen Forderungen in fünf Kapiteln zusammengefasst werden, von denen das erste bei weitem das wichtigste ist, da es sich auf ein grundlegendes Prinzip bezieht.

Ab dem ersten Januar kommenden Jahres⁽¹⁾ soll der Gemeinschaftshaushalt grundsätzlich über „Eigenmittel“ finanziert werden, die unabhängig von den Regierungen sind. Diese Mittel bestehen aus der Gesamtheit der Zollgebühren, die an den Grenzen der EWG eingenommen werden, und einem bestimmten Anteil der Mehrwertsteuer. Die Engländer erklären, dieses System sei nicht akzeptabel und wollen Korrekturen vornehmen. Ihren Berechnungen zufolge muss Großbritannien durch das System der „Eigenmittel“ im Jahr 1978 24 % des Gemeinschaftshaushalts finanzieren, während es nur 10 % erhält und das britische Sozialprodukt nur 14 % des Sozialprodukts der Gemeinschaft beträgt.

Diese letzte Zahl ist umstritten: In den achtziger Jahren wird Großbritannien durch seine Vorkommen in der Nordsee die Gesamtheit seines Erdölbedarfs produzieren, ganz zu schweigen vom Erdgas. Vertraut Wilson so wenig auf seine eigene Regierungsführung, dass er es für unmöglich hält, mit diesen Trümpfen bis dahin die Wirtschaftslage seines Landes wieder auf Vordermann zu bringen? Was allerdings noch umstrittener ist – und was die französische Regierung gegen die Argumentationsweise Wilsons vorbringt –, ist die Art der Berechnung des britischen Beitrags zum Gemeinschaftshaushalt.

Der britische Premierminister folgt einer statischen Logik und nicht der europäischen Dynamik, die die Grundlage des Binnenmarktes ist. Wenn Großbritannien 1978 einen derartigen Beitrag zum Haushalt der Gemeinschaft leisten sollte, läge es daran, dass das Land, statt „*vorzugsweise*“ bei seinen Partnern zu kaufen – was keinen Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt nach sich ziehen würde –, weiter wie bisher von „*überallher*“ außerhalb der Gemeinschaft importiert. Nun ist die Präferenz der Gemeinschaft das Fundament der EWG. Die Öffnung des Binnenmarktes sollte der Umleitung der Handelsströmungen dienen und den europäischen Ländern nutzen. Deshalb kann eine Finanzierung der Gemeinschaft durch Abgaben an ihren Grenzen nicht modifiziert werden.

Die französische Seite fügt manchmal noch hinzu, dass es nicht „*europäisch*“ sei, einen „*gerechten Ausgleich*“ für seine Beiträge zu erwarten. Wenn jeder jedes Jahr erwartet, seinen Einsatz exakt zurückzubekommen, wäre ein gemeinsamer Haushalt völlig sinnlos. Dieses Argument wird allerdings mit einer gewissen Diskretion vorgebracht, da vor allem die französische Regierung den „*gerechten Ausgleich*“ bei Euratom derart missbraucht hat, dass die Gemeinschaft dadurch gelähmt war.

Diese erste Forderung der Briten stößt auf den Widerstand fast aller anderen Mitglieder der Gemeinschaft, zumindest der sechs Gründerstaaten, mit einigen Nuancen bei den Niederländern.

Die zweite Forderung könnte auf weniger taube Ohren stoßen. Sie betrifft die gemeinsame Agrarpolitik. Die Briten verlangen, dass die Kriterien zur Preisfestlegung die rentabelsten Betriebe und die Interessen der Verbraucher berücksichtigen. Im gleichen Sinne fordern sie, dass die Aktionen der Gemeinschaft auf dem Milch-, Getreide- und Rindermarkt „*angepasst*“ werden sollen, und dass die Gemeinschaft sich für Milcherzeugnisse aus Neuseeland, Zucker aus dem Commonwealth, Weizen aus den Vereinigten Staaten und landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte aus dem Rest der Welt öffnen sollte. Frankreich als wichtigster landwirtschaftlicher Produzent der Gemeinschaft antwortet darauf, dass Europa eine starke Landwirtschaft braucht, die den Kontinent vor den Schwankungen in der weltweiten Landwirtschaft schützen wird. Die Gefahren einer Nahrungsmittelknappheit dürfen nicht länger ignoriert werden. Auf keinen Fall dürfe man die Auswirkungen des Soja-Embargos der Vereinigten Staaten für die Wirtschaft der europäischen Staaten vergessen.

Die dritte britische Forderung schließt sich der vorhergehenden an: London verlangt eine Öffnung der Gemeinschaft gegenüber der Außenwelt und vor allem gegenüber den Ländern des Commonwealth.

Was ist die Europäische Union?

Weiterhin verlangen die Briten Anpassungen in der Industriepolitik und die Einführung einer Regionalpolitik, vor allem mit Blick auf die Bundesrepublik. Seit der Heath-Ära blockierte der Interessenkonflikt zwischen Großbritannien (als Hauptbegünstigter der Hilfe für unterentwickelte europäische Gebiete) und der Bundesrepublik (als Hauptzahler) die europäische Regionalpolitik.

Zu der Liste über die Gemeinschaft, wie sie im Vertrag von Rom definiert wird, kommt schließlich die Haltung der britischen Regierung zum Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion, die sich derzeit in einer Sackgasse befindet, sowie die „*Europäische Union*“ bis zum Jahr 1980, die sich die Staats- und Regierungschefs der Neun auf dem Pariser „Gipfel“ von 1972 zum Ziel gesetzt hatten und die kürzlich von Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt noch einmal bekräftigt wurde. Callaghan wiederholt immer wieder, er wisse nicht, was diese „*Europäische Union*“ bedeute. Übrigens ein traditioneller Einwand der Briten. Als sie zur Teilnahme an der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und am Binnenmarkt aufgefordert wurden,

gaben sie von Anfang an vor, nicht zu wissen, worum es sich dabei handele, nur um es ablehnen zu können.

Die „*Europäische Union*“, entgegnet man in Paris, sei ein Vorhaben. Bis 1980 ein Europa zu schaffen, bedeute zu versuchen, die Europäer bis zu diesem Datum so weit wie möglich zu einen. Auf seinen jüngsten europäischen Terminen erklärte Sauvagnargues insbesondere: „*Alle Maßnahmen zur Stärkung der Kohäsion der Neun, und seien sie noch so bescheiden, bedeuten einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union.*“ Mit anderen Worten: Alles, was die Europäer einen könnte, muss befürwortet werden, und alles, was sie auseinander bringen könnte, muss abgelehnt werden.

Offensichtlich ist dies jedoch nicht das Hauptanliegen der Herren Wilson und Callaghan. Es wäre aber unfair, ihnen das vorzuwerfen. Es genügt, sich die Debatten im britischen Unterhaus im Vorfeld des Beitrittsgesuchs Großbritanniens anzusehen, das Wilson selbst im Jahr 1967 gestellt hatte⁽²⁾. Dann kann man nämlich feststellen, dass er die EWG immer als breites Handelsabkommen betrachtete, das auf dem Interessenausgleich beruht, und nicht als das, was sie in den Augen seiner Partner ist: eine Risiko- und Chancengemeinschaft in ständiger Entwicklung hin zu einer „*immer engeren Union der Völker Europas*“, wie es bereits in den Römischen Verträgen festgehalten wurde.

MAURICE DELARUE.

(1) Dieser Termin wird voraussichtlich aufgrund technischer Schwierigkeiten verschoben werden. Derzeit werden ca. 60 % des Gemeinschaftshaushalts aus Eigenmitteln finanziert.

(2) Die Regierung unter Macmillan hatte 1961 nur Sondierungsgespräche geführt, denen General de Gaulle im Januar 1963 ein Ende setzte.